



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG
Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung

Planung der Gesetzgebung: Erwartungen des Bundes und der Kantone

31. Oktober 2013

Forum für Rechtssetzung, Bundesamt für Justiz, Bern

Sandra Schneider, lic. iur. RA
Leiterin der Abteilung Leistungen, Stv. Leiterin des Direktionsbereichs
Kranken- und Unfallversicherung
Bundesamt für Gesundheit, Bern



Erwartungen

- **Verlässlichkeit der Planung**
- **Zeitgerechte Vorankündigung**
- **Einhaltung der ordentlichen Fristen für die Vernehmlassungen/Anhörungen**
- **Unterlagen in drei Sprachen von bester Qualität und mit umfassenden Informationen**
- **Umfassender Einbezug aller interessierten Kreise**
- **Möglichkeit des inhaltlichen Austausches**



Erfahrungen - konkretes Beispiel: Vorübergehende Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung in der Krankenversicherung

- Auslaufen der Zulassungsbeschränkung per Ende 2011
- Abstimmung zur Vorlage Managed Care am 17. Juni 2012
- Massive Zunahme der Gesuche von Ärztinnen und Ärzten für eine Zulassung zur Tätigkeit zu Lasten der Krankenversicherung (abhängig von Kantonen, in Grenzkantonen Steigerungsraten von bis über 300%)
- Gefahr einer massiven Kostensteigerung in der Krankenversicherung
- Diskussionen mit Kantonsvertretern ab Beginn 2012 – Analyse der Entwicklung



Erfahrungen - konkretes Beispiel: Vorübergehende Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung in der Krankenversicherung

- Konkreter Auftrag nach Sommerpause 2012
- Eröffnung Vernehmlassung am 24. Oktober 2012
- Konferenzielle Vernehmlassung am 5. November 2012
- Botschaft des Bundesrates vom 21. November 2012: Vorschlag für ein zeitlich befristetes, dringliches Gesetz
- Entscheid des Parlamentes vom 21. Juni 2013
- Erlass der Umsetzungsverordnung am 26. Juni 2013
- Inkrafttreten der Vorlage am 1. Juli 2013



Erfahrungen - konkretes Beispiel: Was lief gut, was schlecht?

- ☺ Diskussionen mit den Kantonen konnten dank zusätzlichen Gefässen (Dialog Nationale Gesundheitspolitik, Vorstand GDK) geführt werden.
- ☺ Anliegen der Kantone wurden aufgenommen.
- ☺ Trotz knappen Fristen konnten die Verfahrensvorgaben für die Gesetzesvorlage fast vollständig eingehalten werden.
- ☹ Die Frist für die Umsetzungsverordnung wurde extrem knapp gesetzt, um ein rechtzeitiges Inkrafttreten nach der Frühjahrssession zu gewährleisten. Die Behandlung der Vorlage verzögerte sich aber im Parlament.



Fazit

- Die Geschwindigkeit in der Vorbereitung der Rechtssetzung nimmt in Dossiers zu, die im Fokus der Politik stehen.
- Abgekürzte Verfahren sind entsprechend Realität.
- Formale und prozedurale Vorgaben sind einzuhalten. Flexibilität auf allen Seiten ist notwendig.
- Möglichkeit des Austausches: Nutzung von ständigen Plattformen